

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/71

15. April 1975

Die Kriminalität steigt langsamer

Bilanz '73: Die Strafrechtspflege hat ihre Pflicht voll erfüllt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums
Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

Die Fünfte Kolonne der CSU

Strauß errichtet Brückenköpfe auf CDU-Territorium

Von Lothar Schwartz
Sprecher des SPD-Vorstandes
Seite 3 / 38 Zeilen

Antipinscherei: Bitte um Anregung und Kritik

Zu Bundeskanzler Helmut Schmidt Dortmund Künstler-Rede

Von Dr. Dief Schwencke MdB
Mitglied der Arbeitsgruppe Kultursozialpolitik der SPD-
Bundestagsfraktion
Seite 4 und 5 / 57 Zeilen

Bürgernahe Arbeit für die Einigung Europas

Zur Verleihung des Europa-Preises an Darmstadt und
Auszeichnung von sechs weiteren deutschen Städten

Von Dr. Karl Ahrens MdB
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des
Europarates
Seite 6 und 7 / 52 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Posthaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telefax: 02 26 648 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die Kriminalität steigt langsamer

Bilanz '73: Die Strafrechtspflege hat ihre Pflicht voll erfüllt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

Dieser Tage hat das Statistische Bundesamt den Band "Rechtspflege" für das Jahr 1973 vorgelegt. Er enthält neben zusammenfassenden Übersichten über den Geschäftsanfall bei den Gerichten und Auszügen aus anderen Statistiken die ausführlichen Ergebnisse der Strafverfolgung 1973 (Strafverfolgungstatistik).

Die Ansicht, diese Statistik sei die sicherste Grundlage für die Beurteilung der Kriminalitätsentwicklung, weil sie auf rechtskräftigen Urteilen beruhe, trifft in dieser Form nicht zu. Denn die Zahl der Verurteilungen hängt von der Zahl der von der Polizei ermittelten Täter ab. Damit bestimmt die Aufklärungsquote entscheidend das Bild der Strafverfolgungstatistik. Diese läßt nur dann Entwicklungstendenzen der Kriminalität erkennen, wenn die Aufklärungsquote einigermaßen konstant bleibt. Diese Voraussetzung ist für das Jahr 1973 gegeben; in den letzten drei Jahren unterlag die Aufklärungsquote sowohl insgesamt (1971: 46,8; 1972: 46,5; 1973: 46,9) als auch bei den wichtigsten Einzeldelikten nur geringfügigen Schwankungen.

Ferner muß berücksichtigt werden, daß die Statistik der Aburteilungen zeitlich immer um die durchschnittliche Dauer des staatsanwaltschaftlichen und gerichtlichen Verfahrens hinter der Polizeistatistik herhinkt. Während die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 1973 einen deutlichen Rückgang der Kriminalität erkennen läßt, ist die Anzahl der Abgeurteilten und Verurteilten in demselben Jahr gegenüber 1972 noch leicht gestiegen. Bei den Straftaten mit üblicherweise kurzer Verfahrensdauer (z.B. beim Diebstahl) ist dagegen auch in der Strafverfolgungstatistik 1973 ein leichter Rückgang der Zahlen erkennbar.

Im Jahre 1973 wurden insgesamt 807.936 Personen abgeurteilt; davon wurden 698.912 verurteilt und 33.898 (das sind 4,2 vH) freigesprochen, in

den realen Fällen wurde das Verfahren eingestellt (z.B. wegen Tod, Verhandlungsunfähigkeit oder Flucht des Angeklagten oder wegen geringfügigkeit). Von den Verurteilten war fast die Hälfte im Straßenverkehr straffällig geworden (335.635), darunter 25.665 (= 7,6 vH) Frauen, 52.850 (= 15,7 vH) Jugendliche und Heranwachsende und 33.732 (= 10,0 vH) Ausländer. Wegen Straftaten außerhalb des Straßenverkehrs wurden 1973 insgesamt 363.277 Personen verurteilt, darunter 66.830 (= 18,4 vH) Frauen, 95.293 (= 26,2 vH) Jugendliche und Heranwachsende (1972: 27,4 vH), der Anteil der Ausländer betrug 44.981 (= 12,4 vH; 1972: 11,2 vH).

Der Anteil der Frauen an den Einzeldelikten ist unterschiedlich; er beläuft sich bei Mord und Totschlag auf nur 7 vH, beim einfachen Diebstahl dagegen auf fast 40 vH. Der Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden an den Verurteilten insgesamt ist leicht zurückgegangen, liegt aber gerade bei den schweren Straftaten bedauerlich hoch: Er beträgt bei Mord und Totschlag rund 20 vH, bei Notzucht über 32 vH, bei Raub und schwerem Diebstahl über 50 vH. Die Kriminalität der Ausländer ist unter Berücksichtigung ihres gestiegenen Anteils an der Gesamtbevölkerung leicht zurückgegangen; ihr Anteil beträgt bei Mord und Totschlag 26,2 vH, beim schweren Diebstahl dagegen nur 4,5 vH.

Das Gesamtbild der Kriminalität ist gegenüber den Vorjahren nicht wesentlich verändert. Im Jahre 1973 wurden verurteilt (Zahlen für 1972 in Klammern): Wegen Mordes und Totschlages 535 (486) Personen; wegen Notzucht 1.138 (1.129); wegen Raubes 3.841 (3.621); wegen schweren Diebstahls 37.867 (38.126); wegen einfachen Diebstahls 97.359 (98.604). Die deutliche Verlangsamung des Anstiegs der Kriminalitäts- und der Verurteilungsziffern zeigt überdies, daß sich die Politik der Verbrechensbekämpfung in unserem Lande auf dem richtigen Weg befindet. Als Ergebnis kann festgehalten werden, daß die deutsche Strafrechtspflege ihre Pflicht auch 1973 voll erfüllt hat.

(-/15.4.1975/bgy/pr)

+ + +

Die Fünfte Kolonne der CSU

Strauß errichtet Brückenköpfe auf CDU-Territorium

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Das große Interesse an der Wahl in Schleswig-Holstein hat einen parteipolitischen Vorgang im öffentlichen Bewußtsein überdeckt und verdrängt, der besondere Beachtung und Bewertung verdient: Die CSU-Landesleitung hat am letzten Freitag bestätigt, daß es in allen Bundesländern Mitglieder der Strauß-Partei gibt, die "in Kenntnis des Vorhandenseins der CDU" speziell die CSU "finanziell und moralisch" unterstützen wollten. Der CSU-Vorsitzende machte am Montag in München ebenfalls nicht den geringsten Hehl aus diesen Tatsachen. Diese Botschaft über die offenbar längst vollzogene Errichtung von CSU-Fillialen auf dem "Hoheitsgebiet" der christdemokratischen "Schwesterpartei" hat in den CDU-Hauptquartieren in Bonn teils verlegene, teils verärgerte Reaktionen, aber keinen Hinweis auf die Existenz von zahlenden CDU-Sympathisanten in Bayern ausgelöst.

Damit steht offiziell fest, daß die CSU systematisch Widerhaken in das Fleisch der offensichtlich wehr- und widerstandslosen CDU treibt, um die Disziplinierungs- und Dressurmöglichkeiten ihres Vorsitzenden F.J. Strauß innerhalb der Opposition noch weiter auszubauen und auf längere Sicht zu festigen. Damit ist auch die Hilf- und Retlosigkeit der - teilweise ohnehin schon von Strauß kontrollierten - CDU-Führung gegenüber dem inzwischen ins Diktatorische gesteigerten Machtanspruch des CSU-Vorsitzenden dokumentiert. Er hat es - dies ist die klare Schlußfolgerung aus dem beschriebenen Vorgang - nicht mehr nötig, seine Expansionsgelüste zu Lasten der CDU zu tarnen, geschweige denn zu zügeln.

Die schon vorhandene und in weiterer Mobilisierung befindliche Fünfte Kolonne der CSU dient zweifelsfrei dazu, der in immer neuen Variationen in Umlauf gesetzten Drohung mit der vierten Partei Gewicht und Nachdruck zu verleihen. Diese psychologische Kriegsführung der CSU gegen die CDU läßt sich schlicht als Erpressung qualifizieren, die dem gemeinsamen G in dem anspruchsvollen Parteinamen Hohn spricht.

Die Bildung von Stützpunkten und die Heranbildung von Kadern der CSU im Einzugs- und Einflußbereich der CDU entspringt nicht nur der Bosheit und dem Geltungsbedürfnis eines politischen Abenteurers, der sich selbst für den Größten hält und dies endlich auch sein möchte, sondern darin liegt auch Methode: Wenn der in Köpplers Wahlpropaganda vorweggenommene CDU-Frühling am 4. Mai in Nordrhein-Westfalen nicht stattfindet, wird F.J. Strauß endgültig die Macht in den Unions-Parteien anpeilen. Entweder fordert er dann doch noch die Kanzlerkandidatur bzw. alternativ einen langfristigen Garantieschein für die Rolle als oberster Befehlshaber der Opposition. Oder er macht ernst mit der vierten Partei. (-/15.4.1975/ks/pr)

+ + +

Antipinscherei: Bitte um Anregung und Kritik

Zu Bundeskanzler Helmut Schmidts Dortmunder Künstler-Rede

Von Dr. Dief Schwencke MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Kultursozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Der "Macher" oder "Pragmatiker" Helmut Schmidt macht es denen, die ihn gern mit solchen Begriffen etikettieren, immer schwerer, redlicherweise dafür aktuelle Belege zu finden.

Nach seinem kürzlich veröffentlichten Essay zur Einführung in den Sammelband "Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie", seiner spontanen Bundestagsrede als Reaktion auf den Oppositionssprecher von Weizsäcker, dem Gespräch mit Schriftstellern und Wissenschaftlern der Sozialdemokratischen Wählerinitiative gibt jetzt auch seine Dortmunder Rede zur Eröffnung der Jahresausstellung des Deutschen Künstlerbundes weiteren Aufschluß über sein Politik-Verständnis und dessen philosophische Grundlage: War Willy Brandts grundlegende Rede vor dem Stuttgarter Schriftstellerkongreß 1970 zur gemeinsamen Verantwortung von Politik und Literatur in dieser Gesellschaft durch die humanistisch-idealistische Tradition primär geprägt, so haben sich - allerdings auf diesem Hintergrund - die Aspekte bei Helmut Schmidt nuancen-deutlich verschoben: Eher sind die Philosophie der "praktischen Vernunft" Kants und gewisse Denkbezüge angelsächsischen Pragmatismus seinen Ausführungen zu entnehmen; insbesondere sticht die Nüchternheit der Aussage, nicht zuletzt in ihrer greifbaren kultur- und sozialpolitischen Komponente hervor.

Ich denke, daß die betroffenen Künstler in Dortmund und darüber hinaus es als sehr hilfreich empfunden haben werden, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt ihre konkrete soziale Situation nicht außer Betracht ließ und auf die aktuellen, zum großen Teil kontroversen Fragen der Kulturpolitik in seinem Beitrag einging.

Zur auswärtigen Kulturpolitik hat er insbesondere die dafür notwendige Offenheit hervorgehoben: "Wir haben keinen Grund, mit einem Verständnis von Kunst zu liebäugeln, demzufolge Kunst und Politik einander immer nur

bestätigen. Aber wir dürfen uns auch nicht mit einem Verständnis von Kunst zufriedengeben, demzufolge ... Kunst und Politik einander immer nur ignorieren." Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Künstler hat er auf der Grundlage des Künstlerberichts der Bundesregierung den Willen bekräftigt, die Möglichkeiten besserer Sozialsicherung insbesondere der selbständigen Künstler ernsthaft zu prüfen: "Ich kann hier nicht versprechen, daß wir wegen der besonderen Lage der Künstler eine sozialpolitische lex artis schaffen, aber in einem Augenblick außerordentlicher Anspannung der öffentlichen Finanzen kann ich nur versprechen, ... jeden sachlichen Vorschlag prüfen und nach einer gemeinsamen Lösung suchen (zu helfen)."

Zu der im Berufsverband Bildender Künstler erneut diskutierten Frage der Beteiligung von Künstlern an öffentlichen Gebäuden - "Kunst am Bau" - hat er den Auftraggebern empfohlen, die Künstler frühzeitig an der Gesamtplanung zu beteiligen und deren kreative Möglichkeiten damit besser und auch gesellschaftspolitisch intensiver zu nutzen. Vor allem hat er die immer noch - zu seinem Leidwesen - ungeklärte Frage einer Nationalen Kulturstiftung aus seiner Sicht dargestellt: "Wir wollen mit ihr der wachsenden Bedeutung der Kultur für unsere Gesellschaft besser als bisher gerecht werden." Und dann fügte er hinzu: "Die Deutsche Nationalstiftung soll offen und beweglich genug sein, um auf die vielfältigen Entwicklungen und Anforderungen unseres kulturellen Lebens reagieren zu können..."

Kunst und Politik, Künstler und Politiker, leben nicht bloß nebeneinander her, sondern sind Verbündete in der Verwirklichung humanen Fortschritts. Das begreift Bundeskanzler Helmut Schmidt als eine zu realisierende politische Aufgabe: Zeiten, in denen sich Schriftsteller und Intellektuelle als "Pinscher" und "Banausen" von einem Bundeskanzler (Erhard) diffamieren lassen mußten, liegen weit hinter uns: Im Gegenteil. In seiner Dortmunder Rede hat Helmut Schmidt die zeitgenössischen Künstler aufgefordert, durch ihre geistig-moralischen Fragestellungen der Politik Anregung und Kritik zuteil werden zu lassen! (-/15.4.1975/ka/pr)

+ + +

Bürgernahe Arbeit für die Einigung Europas

Zur Verleihung des Europa-Preises an Darmstadt und Auszeichnung
von sechs weiteren deutschen Städten

Von Dr. Karl Ahrens MdB

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Seit 1955 verleiht der Europarat in jedem Jahr seinen Europa-Preis. Der erste Preis ging 1955 an die englische Stadt Coventry. In diesem Jahr des Jubiläums der 20. Preisverleihung erhielt die Stadt Darmstadt die Auszeichnung. Mit der Verleihung des Europa-Preises soll die Europaarbeit der Gemeinden Anerkennung finden. Dieser in der Öffentlichkeit wenig gewürdigte Aspekt der europäischen Integration verdient größere Beachtung, weil durch die Europaarbeit der Städte und Gemeinden eine solide und breite Schichten der Bevölkerung erreichende Veretändigung aufgebaut wird.

Daß sich der Ausschuß für Raumordnung und Kommunalfragen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in diesem Jahr für die Verleihung des Europa-Preises an Darmstadt ausgesprochen hat, ist vor allem auf die intensive Pflege zahlreicher Partnerschaften Darmstadts mit verschiedenen anderen europäischen Städten zurückzuführen. Darmstadt unterhält Städtepartnerschaften mit Graz in Österreich, Alkmaar in den Niederlanden, Chesterfield in Großbritannien, Troyes in Frankreich, Trondheim in Norwegen und Bursa in der Türkei. Die Stadt Darmstadt hat für die Pflege dieser Partnerschaften sogar ein eigenes Büro eingerichtet, das alle im Zusammenhang damit entstehenden Kontakte und Veranstaltungsprogramme koordiniert. Preisträger vor Darmstadt waren 1974 Casenatico bei Rimini in Italien, 1973 Würzburg und 1972 Zelzate in Belgien.

Die Ehrenfahne des Europarates ist zwar eine geringere, aber dennoch keine zweitklassige Auszeichnung für die Europaarbeit der Städte und Ge-

mairiden. In diesem Jahr haben sie Germersheim, Heilbronn, Konstanz, Kornwestheim, Kaiserslautern und Northaim erhalten. Die Ehrenfahne des Europarates wird in der Regel für langjährige Städtepartnerschaften verliehen. Sie ist eine notwendige Vorstufe für die Erringung des Europa-Preises.

Germersheim unterhält seit langer Zeit eine aktive Partnerschaft mit der französischen Stadt Tournus. Heilbronn hat seit zehn Jahren eine Partnerschaft mit der französischen Stadt Béziers. Vom 12. bis 15. Mai 1975 wird Heilbronn eine Europa-Woche veranstalten. Northaim hat sich besonders intensiv um kommunale Kontakte in Großbritannien bemüht und dabei den Jugendaustausch intensiv gefördert. Mit Dartford in Großbritannien und Tourleville in Frankreich besteht eine Partnerschaft. Sehr zahlreich waren in Northaim auch die Veranstaltungen zur Förderung des Europagedankens. Kornwestheim hat seit über 13 Jahren eine Partnerschaft mit Villeneuve - St. Georges in Frankreich.

Bei der Verleihung der Ehrenfahne des Europarates an Kaiserslautern haben sicherlich auch die intensiven Bemühungen dieser Stadt um eine Verbindung der Bevölkerung mit den dort lebenden ausländischen Gruppen eine wichtige Rolle gespielt. Mit der französischen Stadt St. Quentin, Londonborough of Newham in Großbritannien und Davenport (Iowa) in USA besteht eine Städtepartnerschaft. Freundschaftliche Kontakte, die möglicherweise zu einer weiteren Städtepartnerschaft führen werden, bestehen auch zu Pompeji in Italien. Kaiserslautern hat auch der europäischen Bewegung viel Unterstützung gegeben. Konstanz hat eine langjährige Partnerschaft mit Fontainebleau in Frankreich. Hier gehen die Kontakte zu Frankreich ebenfalls in breite Kreise der Bevölkerung. 1965 hat Fontainebleau die Ehrenfahne des Europarates für die Verbindung zu Konstanz erhalten. Nach 15jähriger Partnerschaft zwischen beiden Städten ist nun Konstanz Preisträger.

Die Europaarbeit der Gemeinden darf in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden. Die Preisverleihung kann vielleicht dazu beitragen, diese Arbeit stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. (-/15.4.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller